

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 6 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 10 Mark, Reklame 30 Mark, für Versammlungsanzeigen 2 Mark pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 3 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Zum Ziel!

Hast du dir Großes vorgezelt,
Und ist der Weg noch steil und weit:
Denk nicht an Hitze, Staub und Durst,
Miß ängstlich nicht die Müß und Zeit!

Hinauf die Augen, hin zum Ziel!
Wie winkt's durch klare Luft so nah!
Dort oben harret der schöne Lohn —
Und eh' du's glaubst, bist du schon da!

G. R.

Zur Herbstagitation

Minäglich verspüren wir an dem Abnehmen der Tage und dem ungemächlichen Wetter, daß der Herbst mit seinen Freuden und Leiden ins Land zieht. Freuden insofern, als die mannigfachen Früchte des Feldes und des Gartens jetzt herangereift sind, wenn auch die sehr hohen Preise manchen Verarmtstropfen in den Becher fallen lassen. Wenn ich dann von den Leiden des Herbstes rede, denke ich neben den Unilden der Witterung vor allem an die Sorgen der Haushaltungsvorstände in bezug auf die Beschaffung der Geldmittel für die Einküftung. Die gewaltige und von Tag zu Tag im D-Zugtempo sich weiter steigende Deuerung lastet jetzt schon schier unerträglich schwer auf unseren Schultern, aber mit Grauen muß man an den herannahenden Herbst und Winter denken. Wie werden wir die nächste Zeit überleben? Das ist die bange Schicksalsfrage, die auf jedem ernstdenkenden Deutschen wie ein Alpdruck lastet. Noch trüber und ungewisser als bisher schon liegt Deutschlands Zukunft vor uns. Wir wollen trotzdem nicht verzagen, sondern um so zuberächtlicher unsere Hoffnung setzen auf den allmächtigen Lenker der Völkergeschichte, daß er uns beisteht in unserer Not und bald einen Lichtschimmer in den grauen deutschen Tag fallen läßt.

Wie steht es nun mit unserem christlichen Bauarbeiterverband? Gottlob! können wir sagen, wir stehen günstig da. Zahlenmäßig und finanziell sind wir gewachsen. Die Neuerungen, die der Dortmunder Verbandstag beschlossen hat, kamen noch rechtzeitig, sie bewährten sich bereits. Wir haben das Mittelzeug, um auch neuen größeren Anforderungen gerecht werden zu können. Ist damit aber genug geschehen, können wir uns jetzt auf unseren Vorbeeren ausruhen? Ach nein, Freunde, nichts wäre verkehrter als das, denn die Erfahrung lehrt: „Stillstand bedeutet Rückschritt.“ Also müssen wir weiter arbeiten, und zwar in den nächsten Wochen und Monaten mit verboppelter Kraft.

Wir alle wissen, daß im Baugewerbe der Schwerpunkt der Werbearbeit auf den Arbeitsstellen liegt. Leider hapert es hier aber auch am meisten. Man kann noch oft hören: „Ach, was sollen wir denn noch tun? Auf unserer Baustelle ist doch alles organisiert.“ Daß die meisten in gemerischen Lager stehen, hört so Sprechenden nicht. Ich predige gewiß keinen Gewissens- oder Ueberzeugungszwang. Aber sehen wir doch klar: Mehr noch als bisher wird in der Zukunft das weltanschauliche Moment in der deutschen Arbeiterbewegung eine Rolle spielen. Sehen wir nicht, wie das Ringen der Weltanschauungen um die Gestaltung der heranziehenden neuen wirtschaftlichen und sozialen Ordnung bereits in vollem Gange ist? Die christlich, die sozialistisch, das werden die zuletzt allein übrig bleibenden Kampfeslösungen sein. Da muß aber auch auf reinliche weltanschauliche Scheidung in der Arbeiterbewegung gedrungen werden. Ich habe nicht das mindeste dagegen, daß sozialistische Arbeiter sich den „freien“ Gewerkschaften anschließen, aber Arbeiter, die noch christlich denken und fühlen, gehören in die christliche Organisation. Hier kann es sentimentale Duldung schlechterdings nicht geben. Immer wieder müssen wir den christlich Denkenden in den „freien“ Gewerkschaften in die Ohren schreien, daß

sie ant falschen Plaze stehen und schon durch ihre bloße Mitgliedschaft Verrat an ihrem christlichen Gewissen üben. Und gestehen wir es uns ruhig ein: Ein Großteil der solcherart falsch Organisierten könnte bereits zurückgewonnen sein, wenn wir uns ihnen gegenüber nicht so ungläublich passiv verhielten. Eine Auffrischung des Offensivgeistes ist hier dringend vonnöten.

Dann darf aber auch nicht die Arbeitervertretung auf der Baustelle so im argen liegen, wie es heute leider noch häufig der Fall ist. Ost kommt es vor, daß auf der Arbeitsstelle kein Kollege sich zur Uebernahme des Baudelegiertenamtes bereit finden läßt; jeder hat einen Vorwand, um sich zu drücken. Da kommt es dann vor, daß einer dem anderen pfausibel macht, er sei bereits organisiert, und zwar mit Erfolg wird es gemacht, weil eben die Bücherkontrolle fehlt. Hierin muß unbedingt Wandel geschaffen werden. Wie beschämend ist es doch für uns, wenn wir nicht den Mut aufbringen, auf der Baustelle als Repräsentant unserer Bewegung aufzutreten, und wie schädlich ist dieser unmännliche Geist für die Gewinnung der Fallschorganisierten! Ich bin immer stolz darauf gewesen, wenn es mir als Baudelegierter oder Betriebsratsmitglied gelungen war, für die Kollegenschaft einen Vorteil herauszuholen oder ihre Rechte zu wahren und dadurch auch der Bewegung als solcher Achtung und Ansehen verschafft hatte. Ein Gefühl der inneren Befriedigung muß es bei jedem Kollegen auslösen, wenn er in vorderster Linie für die Arbeitskollegen eintreten kann. Darum, Kollegen, hinweg mit aller Lauheit und Trägheit. Gehen wir noch einmal in der beginnenden Herbstagitation aus uns heraus, werden und wirken wir noch einmal mit aller Kraft für die Stärkung und Ausbreitung unseres Verbandes. Wie hat sich jedes alte christliche Bauarbeiterherz gefreut, als die „Baugewerkschaft“ berichten konnte, die 60 000 Mitglieder sind erreicht. Ein Aufatmen ging durch unsere Reihen, weil wir wieder ein gutes Stück vorwärts gekommen waren. Im Geiste haben wir bereits die 100 000 aufmarschieren. Javohl, das erste Hunderttausend christlicher Bauarbeiter wollen wir erreichen, gewiß noch eine gewaltige Aufgabe. Aber sie wird und muß gelingen, wenn jeder Kollege jetzt im Herbst, wo die Konjunktur noch nicht wesentlich abgeflaut ist, sein möglichstes tut. Sage doch niemand, ich kann das nicht, ich muß das schon anderen überlassen, die das Zeug dazu haben. Ein jeder christliche Bauarbeiter kann bei einigermaßen gutem Willen in der Kleinarbeit auf der Arbeitsstelle seinen Mann stellen. Entweder als Baudelegierter oder als Stütze desselben ist jedem Gelegenheit gegeben, dem Verbands seine Kraft zu leihen.

Deshalb noch einmal, Kollegen, treten wir mit voller Kraft ein in die Herbstagitation, die in erster Linie eine Baudelegationsaktion sein muß. Zeige ein jeder von uns, was er zu leisten imstande ist. In allen Ortsgruppen und Verwaltungsstellen muß nunmehr ein edler Wettstreit um die besten Agitationserfolge einsetzen. Vielleicht erwägt unser Hauptvorstand einmal, ob die Verwaltungsstellen und Ortsgruppen, welche ganz herbarragendes leisten in der Herbstagitation, in der „Baugewerkschaft“ rühmend hervorgehoben werden. Vielleicht wäre dieses ein Mittel, die Werbearbeit anzuspornen und zu fördern. Gewiß wolle da keine Ortsgruppe hinter der anderen zurückstehen. Wie schön und ehrenvoll wäre es für uns alle, wenn die „Baugewerkschaft“ in absehbarer Zeit berichten könnte: „Alle ohne Ausnahme haben ihre Pflicht, die 100 000 sind erreicht.“ Ich glaube, ein einziger Freudenstreich ginge dann durch unsere Reihen.

Wohlan, Kollegen, noch haben wir es in der Hand. Beherrigen wir das schöne Wort des westfälischen Dichters Weber:

Und soll es sein und muß es sein,
So hilft kein Zieren und kein Steunen
Greif in die Kesseln frisch hinein,
So werden sie dich nicht brennen.“

Und nun auf zur frisch-fröhlichen Werbearbeit, zur siegbringenden Tat!

Josef Einig, Stabed.

Die Berechtigung des Streiks im Unternehmerurteil

Ein vernünftiges Unternehmerurteil über die Berechtigung des Streiks finden wir in der „Deutschen Tiefbau-Zeitung“ (Nr. 29/1922), dem Blatte der Tiefbauunternehmerorganisation. Die Ausführungen erscheinen uns so bemerkenswert, daß wir glauben, sie an dieser Stelle ausführlicher wiedergeben zu sollen.

Ein nichtsozialdemokratischer Volkswirtschaftler hatte geschrieben: „Wenn... die Arbeiter nur das zum Leben notwendige haben wollen und, falls der augenblickliche Arbeitslohn dieses nicht gewährleistet, dann ebenfalls sich zu einem festen Ganzen vereinigen, um ihren Forderungen mehr Rückhalt zu verleihen und zum einzigen Abwehrmittel — dem Streik — greifen, so spricht man in Arbeitgebertreuen über „Unmoral“ und würde am liebsten ganz unweidmütig eine umfangreiche Polizeiaktion in Szene setzen, um die Arbeitnehmer ihres guten Rechtes zu berauben.“ In diesem Worte knüpft der Verfasser des mit R. R. II gezeichneten Artikels in der „Tiefbau-Zeitung“ an. Er schreibt: „Dazu möchte ich bemerken, daß es ganz zweifellos ist, daß man den Streik als wirtschaftliche Kampfmaßnahme (aber nur als solche, keinesfalls zu politischen Zwecken), ebensowenig auszuhalten kann, wie die Gegenwehr durch Arbeitgeber in der Anwendung von Aussperrungen.“ Voraussetzung müsse aber sein, daß vor dieser Ultima ratio „unbedingt alle Mittel einer Verständigung erschöpft werden.“ In diese den Streik grundsätzlich bejahende Stellungnahme knüpft der Verfasser Betrachtungen über die Berechtigung bzw. Zweckmäßigkeit des Streiks in der gegenwärtigen Zeit. Wir lassen diesen Teil seiner Ausführungen wörtlich folgen: „Zu einer Zeit wie der heutigen, wo das gesamte deutsche Volk an einer Schuldenlast zu tragen hat, die der verlorenen Krieg ihm aufbürdete, ist kein Raum geschaffen, um rechtslos Forderungen durchzubrühen, die das Lebensniveau des einzelnen auch in der Nachkriegszeit auf die gleiche Stufe stellen oder noch besser gestalten wollen, als es vor dem Kriege stand.“

Der nicht durch äußerste Verständigungsmaßnahmen behinderte Streik muß zu jetziger Zeit auf alle Fälle zu einem Werkzeug der völligen Herunterwirtschaftung eines in fürchterlichen, ja untragbaren finanziellen Tiefen liegenden Staatskörpers wie des unseren werden. Deshalb kann man auch nicht mehr von einer Berechtigung des Streiks unter allen Umständen sprechen...“

Es sollte Aufgabe der führenden Männer der Gewerkschaften sein, ihren Mitgliedern vor Augen zu führen, daß auch sie, wie jeder andere Staatsbürger, gezwungen sind, die Konsequenzen aus unserem politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch zu ziehen. Der bis 1914 wohlgeglückte Staatsapparat wurde durch den verlorenen Krieg, durch innerpolitische Vorgänge vor Abschluß eines vernünftigen, aus der militärischen Lage hervorgegangenen Waffenstillstandes und eines tragbaren Friedens von einem Staatsgebilde abgelöst, welches zu seiner inneren Festigung und zur Gewinnung von Ansehen und Macht nach außen der äußersten Drahtentlastung und des Zusammenfassens aller Kräfte, also auch der Arbeiter- und Angestelltenkraft bedarf.

Sie die Gewerkschaftsführer ihren Kämpfern in der Vortragszeit mutig ins Auge schauten und alle Folgen des Eintretens für ihre Ueberzeugung auf sich nahmen, so ist es heute ihre Pflicht, den Arbeitern klarzumachen, daß Sozialismus „Arbeit“ heißt, nicht „Streik!“

Der deutsche Arbeiter kann nicht für sich verlangen, daß das deutsche Kapital (das übrigens nur noch zwei Drittel des Bestandes von vor 1914 ausmacht) die Kriegsschulden allein trägt. Daran ändert sich nichts, daß eine der Hypothesen der radikalsten arbeitnehmerischen Richtung auch die ist, daß der Krieg eine rein kapitalistische Aktion gewesen sei. Das gesamte deutsche Volk erlitt 1914 bei Kriegsausbruch, um was es ging, nämlich, daß die wirtschaftliche Stellung Deutschlands, die auch den deutschen Arbeiter zu einem nennenswerten Faktor der Weltwirtschaft mit der Gesamtheit deutscher Arbeit machte, auf dem Spiele stand. Zur Tragung der uns aufgebürdeten Lasten darf also das gesamte deutsche Volk nicht seine Lebensansprüche heraufsetzen, sondern muß sie bis zur Befreiung aus diesen Fesseln, soweit wie irgend angängig, einschränken. Einer wie der andere, keiner darf für sich das Recht in Anspruch nehmen, besseres für sich im Augenblick herauszuwirtschaften. Einseitige Wirtschaftspolitik bringt uns dem Ruin nahe.

Die härtesten Gehege gegen Arbeiter- und Arbeiterbewegung, aber in einer Form, daß sie nicht nur angeendet werden können, sondern auch rückwärtslos durchgeführt

werden in sich ein, wären Aufgabe der deutschen Regierung. Gerade die unbedingte Unterbindung jeglichen Streiks, vor dessen Durchführung nicht alle Verständigungsmöglichkeiten erschöpft sind. Das Kapital wird immer Mittel und Wege finden, um jeden Streik auszuhalten. Jede politische Zuspöckung in unserem Staate hat einen sofortigen Reflex in dem Werte unserer Markt. Denn der Arbeitgeber nicht mehr zahlen, schließt er den Betrieb, und die bisher angefertigten Fabrikate oder Werte steigen im Lager mit dem Stande der Marktpreise. So arbeitet jeder Streik für das Kapital. Die gesamte deutsche Volkswirtschaft wird dagegen aufs schwerste durch jede, an sich abwendbare Kampfmaßnahme betroffen. Ausstände denken, wie wir leben auf die Produktionsfähigkeit und auf die gesamte Wirtschaft, die Produktion verbilligen können sie nie.

Deshalb sollte man von dem Gedanken lassen, als wenn der Unternehmer, der Arbeitgeber, heute noch eine Erhöhung der Löhne abweist, nur weil er dabei einen egoistischen Profit machen will. Heute verhandelt der einzelne Arbeitgeber überhaupt nicht mehr mit seinen Arbeitern, sondern die Verhandlungen finden vor Organisations- und Organisationsrat; deshalb sind auch alle Kartellen geboten, daß der Arbeitgeber an Löhnen und Arbeitsbedingungen bewilligt, was er im Interesse der gesamten Wirtschaft und seines Wertes, das ja schließlich allein Arbeitsmöglichkeit bietet, bewilligen kann. Man ist sich die Masse der Arbeiter (und ihre Führer vor allen Dingen) nicht zu dieser Auffassung durch, so wird die auch durch Streiks geförderte Nebenwertung eines Tages das gesamte deutsche Wirtschaftsleben zusammenbrechen lassen, und Deutschland wird dann endgültig und nunmehr in unmitttelbarem Sold rassistischer, der deutschen Arbeiterklasse völlig fernstehender, ausländischer Unternehmer bis zur Erschöpfung fronden müssen, im Solde von Ausländern, die keinerlei Interesse haben als das Kräfte des möglichst hohen Eigengewinnes mit Verleugung ihrer Tugend, ohne jeden Nutzen für die deutsche Gesamtwirtschaft.

Die deutsche Arbeiterschaft möge doch immer bedenken, daß die Idee einer allgemeinen Völkerverständigung sich erst dann in die Wirklichkeit umsetzen lassen wird, wenn vorher alle Menschen von gleich hohen Menschheitsidealen durchdrungen und zu ihrer Durchführung bewilligt sind, im Interesse der Allgemeinheit für sich selbst und ihre Angehörigen die größten Opfer auf sich zu nehmen. Solange das aber nicht der Fall ist, wird der Schindner dem Gläubiger Zahlung leisten müssen, das deutsche Volk also an seine Feinde, die die Macht in der Hand haben. Es kann auch keine Rede bei unserer gegenwärtigen, von allen Seiten durch kartellwirtschaftliche Feinde bedrohten Lage sein, daß etwa eine reine Arbeitregierung oder gar eine kommunistische und der internationalen Dämonen auch nur zum Teile zu emulieren vermöchte.

Deshalb kein Streik! Er ist, wie nachgewiesen, heute in Deutschland als Waffe von den Verhältnissen genau so zerbrochen worden wie alle unsere Waffen. Vertrauen zueinander und Gemeinjamkeitgefühl von Arbeitgebern und Arbeitern sind die einzige berechtigte Abwehrmaßregel gegen ein grauenvolles wirtschaftliches Elend ganz Deutschlands. Möge sich kein Deutscher täuschen lassen durch die illusorischen Güter, die heute noch mancher aufkaufen konnte. Sie sind ein Nichts. Unser einziger Besitz, und darin sind wir heute so gleich, wie kein Sozialismus es nur erreichen könnte, ist unsere Arbeitkraft!

Soweit der Artikel in der „Tiefbau-Zeitung“. Die Darlegungen werden in ihrem Streben nach Objektivität, un-

partisch, um so mehr, wenn man etwa die Tonart der „Deutschen Arbeiterzeitung“ oder der „Baugewerkschaft“ daneben hält. In einzelnen ergeben sich manche Einwendungen. Wir stimmen dem Verfasser zu, daß der Streik als politisches Kampfmittel auszuscheiden hat. Daß der Streik in wirtschaftlichen Interessenkampf als letztes Kampfmittel angewendet werden darf, aber auch nur dann, wenn alle friedlichen Mittel der Verständigung erschöpft sind, war von je der grundsätzliche Standpunkt der christlichen Gewerkschaften und wir bekennen uns selbstverständlich auch heute noch zu ihm. Und doch müssen wir hier eine Einschränkung machen. Ausschöpfung aller Verständigungsmöglichkeiten setzt voraus, daß auch wirklich auf beiden Seiten der ehrliche Wille zur Verständigung vorhanden ist. Leider lassen sich bis in die neueste Zeit hinein manche Beispiele anführen, wo die Arbeitgeber den Verhandlungsweg lediglich dazu benutzten, die Verständigung möglichst lange hinauszuzögern. Die infolge einer solchen Verschleppungsaktion ausbrechenden Streiks reißlos auf das Schicksal der Arbeiter zu setzen, dürfte wohl auch dem Verfasser des obigen Artikels als ungerührt erscheinen.

Wenn der Artikelverfasser meint, die Gewerkschaftsführer sollten ihre Mitglieder zu der Einsicht bekehren, daß auch sie die Konsequenzen aus unserem politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch zu ziehen haben, womit offenbar auf die Lohnpolitik angepielt wird, so antworten wir: Die deutsche Arbeiterschaft hat diese Konsequenzen gezogen, hat sie zuvoraussetzungen ziehen müssen. Denn davon, daß das Lebensniveau des Einzelnen in der Nachkriegszeit auf die gleiche oder eine noch höhere Stufe gestellt sei, als es vor dem Kriege stand, kann heute bei der gesamten deutschen Arbeiterschaft, auch bei der Höchstlohnarten, nicht die Rede sein. Beweis: Während die Preise den Goldstand erreicht und vielfach erheblich überschritten haben, sind die Löhne bedeutend unter den Friedensgoldstand gesunken, und neuerdings ist das Löhnerhältnis noch größer geworden. Daß daran nicht allein der Verfall der Friedensverträge die Schuld trägt, dafür erbringt der Verfasser des obigen Artikels selber den Beweis, indem er „härteste Gesetze gegen Zucker- und Schiebertum“ fordert. Er beweist damit zugleich, daß eine gar nicht so dünne Volkschicht seiner Forderung, daß alle sich einzuschließen haben und keiner für sich das Recht in Anspruch nehmen darf, Besseres für sich herauszuwickeln, nicht nachkommt, sondern sich an der Not der anderen bereichert. Aber die Arbeiterschaft ist das nicht, sie gibt nur den leidenden Teil ab. Kann bei den Lohnbewegungen der Nachkriegszeit überhaupt davon die Rede sein, sie hätten eine Verfestigung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft bezweckt? Nicht im mindesten. Es ist ein mehr schlechtes als rechtes Ausgleichen der Teuerung gewesen, nichts weiter.

Diese Ausstellungen sollen aber nicht hindern, anzuerkennen, daß der Artikel der „Tiefbau-Zeitung“ manches enthält, was zur Herstellung einer wirklichen Volks- und Notgemeinschaft des deutschen Volkes beitragen kann. Das wird insbesondere dann der Fall sein, wenn der verständliche Geist, der aus dem Artikel spricht, sich nach unten in den Arbeitgeberorganisationen auswirkt.

Die Not der Gewerkschaftspresse

Stiel ist in den letzten Monaten über die Not der Tagespresse geflagt worden. Mit Recht! Die wahnsinnige Preisgestaltung auf dem Papiermarkte ist drauf und dran, das gesamte deutsche Pressewesen zu erdroffen. Nach dem neuesten Nachtrage zur Zeitungskostenliste sind allein im letzten Monate 14 Tageszeitungen eingegan-

gen. Das eigentliche Massensterben der Zeitungen dürfte aber erst jetzt einkehren.

Von der Not der Gewerkschaftspresse ist weniger geredet worden. Dafür lassen sich manche Beispiele anführen. Vor allem der, daß sich die Gewerkschaftspresse nicht aus eigenen Mitteln zu unterhalten braucht, sondern als eine Einrichtung des Verbandes neben anderen aus den allgemeinen Mitteln des Verbandes gespeist wird. Über meint man, den Gewerkschaften wäre es gleichgültig, wie groß der Teil der Einnahmen ist, den sie für das Zeitungswesen auswerfen müssen? An dieser Stelle brauchen wir nicht zu beweisen, daß das nicht der Fall ist. Bisher schon haben sie an den andauernden Preissteigerungen im Zeitungsgebiete schwer gemittelt. Es ist recht und schlecht gegangen, solange die steigenden Druck- und Papierpreise wenigstens auch durch steigende Einnahmen ausgeglichen wurden. Gegenüber den neuesten Preissteigerungen im Zeitungsgebiete vermag die Möglichkeit eines solchen Ausgleichs radikal. Werden die Gewerkschaften in den kommenden Monaten ihre Presse in dem bisherigen Umfange, ja werden sie sie überhaupt durchhalten können? Diese schwerwiegende Frage muß heute allen Ernstes aufgeworfen werden.

Durch die Tagespresse geht folgende Meldung: „Eine ungeheure Preissteigerung für das Zeitungsgebiet. Das Kilo Zeitungspapier wird laut Mitteilung des Zeitungsverlages ab 1. September 70 % (im Frieden 9,21 %) kosten, wenn nicht dieser Satz durch die dauernde Marktentwertung am 1. September eine neue Steigerung erfahren sollte; dann der endgültige Preis wird erst am 1. September festgelegt werden. Mit der schon heute angelangten Erhöhung um 50 Prozent gegenüber den Augustpreisen wird sich auch nach Ansicht der Zeitungsverleger die Krise der deutschen Presse zur Katastrophe steigern.“

Neueren Meldungen zufolge soll der Preis für das Kilo Zeitungspapier sogar 92 % betragen für die Tagespresse, 102 % für die Nachtzeitung. Das ist gegenüber dem Friedenspreis eine Wertenerhöhung um das 1,5-fache. Angesichts dieser katastrophalen Wertung mit der Direktor des Berliner Mosaik-Verlages, Dr. Carbe, die Frage auf: „Kann der Presse in ihrer Gesamtheit heute noch geholfen werden?“ Und er beantwortet sie wie folgt: „Im vollen Bewußtsein meiner Verantwortung für das Urteil sage ich: Nein! Für einen großen Teil unserer bodenständigen politischen Presse gilt das bittere Wort: Zu spät! In wenigen Wochen, längstens Monaten, wird viele wertvolle, publizistische Organe das Schicksal unentrinnbar ereilt haben.“ Und hier ist nur von der Not der Tagespresse die Rede. Aber es ist klar, die Gefahr für die Gewerkschaftspresse ist nicht weniger groß.

Rechnen wir nur mit einer Verdreifachung des Papierpreises und ziehen weiter in Betracht, daß mit dem 1. September die Kosten für Satz und Druck eine Steigerung um 60 Prozent erfahren haben, so ergibt sich für die „Baugewerkschaft“ das folgende Bild (in runden Zahlen):

Kosten einer Wochenauflage der „Baugewerkschaft“		
	Ende August 1922	September 1922
Für Satz und Druck	9 000 M	14 500 M
„ Papier	25 000 „	75 000 „
„ Versand	2 400 „	3 500 „
Insgesamt	36 400 M	93 500 M

Die Kosten für Redaktion und Porto sind hier nicht einbegriffen. Diese Kosten hinzugerechnet, würde sich für eine Wochenauflage der „Baugewerkschaft“ die runde Summe von 100 000 M ergeben. Noch im April dieses Jahres kostete eine Wochenauflage rund 17 500 M. Im

Die Verhältnisse der Bauarbeiter in kleinstädtischen u. ländlichen Gebieten

Der Durchführung der tarifvertraglichen Bestimmungen begegnen in der kleinstädtischen und auf dem Lande große Schwierigkeiten. Obwohl die Handwerksmeister und Bauern weitgehend befreit sind, durch ihre Kartungen und Bauernvereine sich alle möglichen wirtschaftlichen Vorteile zu sichern, wird es dem Arbeiter sehr verdrößt, wenn er von seinem Koalitionsrecht Gebrauch macht. Bei Lohnverhandlungen in kleinstädtischen und ländlichen Gebieten wird immer, sowohl von den Unternehmern, wie von den Bauern als Bauherren gegen die tarifliche Entlohnung eingewendet: Die Bauarbeiter auf dem Lande haben alle ja doch viel Tagewerk Land und daher brauchen sie den Tariflohn nicht. Diese Darstellung ist schief. Gewiß gibt es Bauarbeiter, die etwas Feldbau haben. Aber das sind verhältnismäßig wenige. Die meisten Bauarbeiter haben eben nicht oder höchstens eine ärmliche Hütte als Wohnung, eine Hige und, wenn es gut geht, einen oder zwei gepflanzte Äcker zum Kartoffelanbau. Aber auch dann, wenn die angeführte Behauptung richtig wäre, bliebe sie dennoch falsch. Kein Unternehmer läßt sich zuwenden, weil er vielleicht vermögend ist, oder einen für seine Familie ausreichenden Feldbau hat, jemand ein Gehende unter Selbstkostenpreis oder auch nur zu einem geringeren als dem geschäftsmäßigen Preise heranzustellen. Genau so handelt der Bauer; auch er gibt nichts unter dem üblichen Preise ab. Dieses nehmen wir ihnen auch nicht abel. Aber verlangen müssen wir, daß das, was ihnen Recht ist, den Bauarbeitern billig ist.

Ebenso wie in der Lohnfrage liegen die Verhältnisse hinsichtlich der Arbeitszeit. Die tarifliche Arbeitszeit von acht Stunden täglich wird fast von keinem Unternehmer eingehalten. Für die ländlichen Unternehmer bedeuten die gesetzlichen Bestimmungen nichts. Dort, wo unsere Organisation hat genug ist, muß die tarifliche Arbeitszeit Schritt für Schritt erkämpft werden. Gerade für die ländlichen Bauarbeiter ist die achtstündige Arbeitszeit

angemessen, und zwar deshalb, weil er fast ständig mit sehr weiten Beinen zur Arbeit zu rechnen hat. Im eigenen Interesse ist ein festener Schlusfall; in der großen Mehrzahl der Fälle muß der ländliche Bauarbeiter sich seine Arbeitszeit in der näheren oder weiteren Umgebung suchen. Jahrgelassenheit ist recht häufig nicht vorhanden. Die Wegzeit beträgt im Durchschnitt pro Tag 1-1/2 Stunden, in in sehr vielen Fällen noch mehr. Die ländliche Bevölkerung sieht nur, wenn der Bauarbeiter freierabend hat und heimspaziert. Es ist den Bauarbeitern auf dem Lande noch nie eingefallen, dem Bauern deshalb mißgünstig gesinnt zu sein, weil er in der Regel von 11 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags nicht auf dem Felde arbeitet. Jeder vernünftige Bauer und Kleinmeister sieht ein, daß ein Bauarbeiter nach angestrengter achtstündiger Arbeitszeit ohne größere Pausen und bei 1-1/2stündiger Laufzeit sich als fleißiger Mensch neben jeden Bauern hinstellen kann. Bei vorzunehmenden dringenden Reparaturen, die bei längerer Dauer Schäden für Menschen, Vieh, Getreide und Futter im Gefolge hätten, können Überstunden gefordert werden, wenn dafür der tarifmäßige Zuschlag bezahlt wird. Aber das letztere wollen die Herren Unternehmer und Bauern meistens nicht. Die Druckpresse, die es in der Nachkriegszeit gegeben hat und die das Gegenstück zur besonderen Bezahlung bei Überstunden bildet, sind vom Bauern gerne und ohne Widerspruch genommen worden. Es ist aber keinem Arbeiter eingefallen, deshalb über die Bauern zu schimpfen.

Ein besonderes Kapitel in kleinstädtischen und ländlichen Gebieten ist das sogenannte „Zucker- und Schiebertum“. Nicht nur bei den bezürlischen Lohnverhandlungen hört man Klagen darüber, sondern auch ganz besonders auf dem Lande und in den kleinen Städten. Die Ursache der Pfuscharbeit bildet einmal der auf dem Lande unzureichende Lohn, noch mehr aber, daß jeder seine Arbeit möglichst billig gemacht haben will. Eine sehr große Anzahl von ländlichen Bauunternehmern betreibt, wie schon erwähnt, einen schwunghaften Handel mit Baumaterialien. In ihrem besten Kunden zählen aber diese Pfuscher und alle diejenigen, die ihre Arbeit von Pfuschern ausführen lassen.

Wie wir allgemein über die Pfuscher und ihre Arbeit denken, darüber braucht eigentlich nichts gesagt zu werden. Persönlich stehe ich auf dem Standpunkt, daß die Pfuscharbeit unter der Voraussetzung, daß die abgeschlossenen Tarifverträge allgemein rechtsverbindlich sind, geübt werden verboten werden sollte. Daran hätten nicht nur die beteiligten Vertragsparteien ein Interesse, sondern auch die Volksgesamtheit. In den meisten Fällen gehören diese Pfuscher zu den größten Steuerdrückbergern. Einzelne Finanzämter können das bestärken. Zunächst aber mögen die Herren Unternehmer dafür sorgen, daß Baumaterial nicht an Pfuscher und ihre Hintermänner abgegeben wird und sie werden sehen, daß dann die Pfuscharbeit zum größten Teil aufhört.

Ein besonders großer Mangel im kleinstädtischen und ländlichen Baugewerbe ist die Handhabung der Bauarbeiterguthaben. In sehr vielen Fällen ist ein Teil des verwandten Gerüstholzes so schlecht, daß man sich wundern muß, daß nicht mehr Unfälle passieren usw. sind sehr selten anzutreffen. Unternehmerräume und Aborte sind ebenfalls wenig anzutreffen, und wo sie vorhanden sind, sind sie meistens in einem Zustand, der geradezu ekelregend ist. In der Baubude ist in der Regel alles, was nicht darin sein soll. Der Abort ist gewöhnlich bei der nächsten Pöde oder Gartenzäun, bei „Mutter Urin“. Notwendige Verbandstoffe für erste Hilfeleistung bei Unfällen sind häufig ganz unbekannt. Drispolizeiliche Vorschriften findet man nirgends, wohl deshalb nicht, weil die Erlassung weitergehender drispolizeilicher Vorschriften, nach Maßgabe des bestehenden Bedürfnisses, erfolgen soll und dieses Bedürfnis sehr schwer nirgends vorliegt. Diese Zustände werden sich noch verschlimmern, wenn die ländlichen und kleinstädtischen Bauarbeiter sich nicht endlich aufrufen und sich ihrer Berufsorganisation, dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, anschließen. Opfergestimmung und tatkräftiges Handeln lassen auch für die Bauarbeiter in ländlichen Gebieten bessere Verhältnisse erhoffen.

Dof. Bach, Rittenberg.

1913 gaben wir für die „Baugewerkschaft“ und im Jahre 1919 98 000 M, im Jahre 1921 100 000 M, bezogen auf den ganzen Jahressumme.

Sind die neuen Preiserhöhungen für den Verband noch erträglich? Wünschenswert läßt sich darüber im Augenblick nicht urteilen. Die Heraufschraubung des Papierpreises erfolgte in einem Augenblicke, als der Dollar auf 200 bis 2500 stand. In den letzten Tagen ist der Dollarkurs auf 1200 bis 1300 heruntergegangen, und es muß sich zeigen, ob die Papierindustrie nun auch die Preise entsprechend reduzieren wird. Diese Hoffnung ist aber übermäßig groß, abgesehen davon, daß der Dollar sich leicht wieder nach oben bewegen kann. Sollte die ungeheure Preishöhe für die „Baugewerkschaft“ sich allgemein herausstellen, so wird der Verbandsvorstand sich ernstlich prüfen müssen, ob eine solche Belastung der Verbandskasse noch erträglich ist. Wir haben den wünschenden Wunsch, daß Einschränkungen in dem Umfang oder der zeitlichen Erscheinungsweise der Zeitung notwendig werden. Die Erfüllung dieses Wunsches hängt aber, wie wir gesehen haben, nicht allein von unserem Willen ab. Das sind gewiß keine erfreulichen Aussichten, aber sie treffen uns nicht allein, sondern mehr oder weniger die gesamte deutsche Gewerkschaftspressen. Aus dem Gesagten ergibt sich eine Forderung fast von selbst, die wir hiermit nochmals mit allem Nachdruck erheben: Die Ueberschuldung der „Baugewerkschaft“ muß unter allen Umständen verschwinden. Der Mehrbezug von Zeitungen über die Mitgliederzahl hinaus dürfte im Augenblick mit 10000 eher zu niedrig als zu hoch angegeben sein. Das bedeutet einen Raub an der Verbandskasse von 10 000 M und mehr, und zwar wöchentlich, nicht jährlich. Man wird uns zugeben, daß dieser standhafte Zustand unmöglich weiter geduldet werden kann. Wir ermahnen eindringlich an die Mitglieder in der vorletzten Nummer der „Baugewerkschaft“, die Zeitung sofort neu zu bestellen. Wer hat die Neueinstellung allerdings nur, wenn die Mitgliederzahl genau festgestellt ist, nicht nur oberflächlich festgestellt wird. Ueberschüssige Exemplare der „Baugewerkschaft“ müssen, wenn überhaupt benötigt, auf die unbedingt notwendige Zahl etwa 1-2 für jede Verwaltungsstelle bezogen Ortsgruppe, beschränkt werden. Die durch die Mitgliederzahl und zugängliche erhaltenden Veränderungen in der Mitgliederzahl müssen stets sofort, und zwar wöchentlich spätestens am Sonnabend für die darauffolgende Nummer, an die Expedition der „Baugewerkschaft“ gemeldet werden.

Allgemeine Rundschau

Wirtschaft und Moral

Eine Frage, die, so schreibt das „Zentralblatt d. christlichen Gewerkschaften“, unbedingt zur Lösung gebracht werden muß, allerdings mehr durch die Tat als durch Worte, ist die der Moral in der Wirtschaft. Eine ungeheure Bewirrung, durch den Krieg noch gesteigert, herrscht hier. Auch in sonstigen christlichen Kreisen, die doch für die Wirtschaft eine andere Moral anwenden wollen, als die eigentliche, nach der das Geschäft außerhalb des sonstigen Lebens steht.

Theoretisch liegt das Problem klar. Die Weltanschauung muß das ganze Leben beherrschen und bestimmen, also auch das wirtschaftliche. Die heute geltende Wirtschaftsmoral ist durchaus ein Seitenstück zur Gewaltmoral in der Politik, aber in ihrer Verwerflichkeit noch viel schlimmer, da leichter zu vermeiden. Beides stammt theoretisch aus derselben Zeit der Renaissance; der Wirtschaftsmoralismus hat sich aber erst später voll entwickelt können, als die nötigen Umstände es erlaubten: es ist der Kapitalismus. Dieser gibt jedem das Recht, sich auszuhütern, soweit und wie seine tatsächliche Macht es gestattet. Auf den andern wird nur insofern Rücksicht genommen, als auch er einen Machtfaktor darstellt. Die Moral kennt nur durch das Staatsgesetz, mit dem man einen nachteiligen Zusammenstoß zu vermeiden sucht. Dagegen ist jede Art Ueberverteilung, sei es durch List und Betrug mehr oder weniger feiner Art, sei es durch Entziehung des rechtmäßigen Lohnes oder durch unangenehme Preisänderungen, erlaubt. Der Goldfädel ist das Gewissen des einzelnen. Nur nebenbei sei bemerkt, daß alle diese Leute keinen Grund haben, sich über die sozialdemokratische und kommunistische Bewegung aufzuregen. Auch diese ist kapitalistisch und setzt nur Gewalt gegen Gewalt. Die Forderung der Diktatur des Proletariates ist durchaus kapitalistisch, ist kein von eurem Wein, Fleisch von eurem Fleisch, ihr Kapitalisten!

Wo aber bleibt da Recht und Gerechtigkeit? Ist es gerecht, daß einer im Hundstunde Tausende verdient, denen Arbeiter aber sich nicht satt essen können? Die Unterziehung des Tageslohnes ist eine Strafe wider den heiligen Geist! Wohl mag die Arbeit jener, die so schnell verdienen, mehr wert sein, als die ihrer Arbeiter und Angestellten, und wohl arbeitet auch „ihr“ Kapital für sie mit. Wer noch ihren Riesengewinnen zu wehnen, während sie ihr Tun für Götterarbeit ein. Geht Ballen auch durch ihre Hände nur eine Münze laufen zu lassen, vergißt diese.

Die christliche Lehre sagt sehr richtig, daß auf jedem Eigentum eine soziale Hypothek lastet. Nur durch das Gemeinwohl mit dem andern war der Erwerb möglich, und der Gemeinwohl der Volkswirtschaft und dem Volks- und Allgemeinwohl ist man daher durch Natur- und Gottesgesetz verpflichtet und verantwortlich. Damit ergibt sich nicht nur die Notwendigkeit von Recht und Gerechtigkeit im Verhältnisse mit Untergebenen und Wnehmern, sondern darüber hinaus die Pflicht des Wohlwollens gegen die Allgemeinheit. Ein verkäuflicher Glaube wirkt auf diese Auffassung die christliche Ansicht, daß jedermann auf dieser Erde nur vorübergehend verweilt, und daß er nur als Verwalter über das jeweilige zeitliche Gut gesetzt sei. Was nützt es

Am 16. Sept. 1922 ist der achtunddreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1922 fällig.

dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewinnt, aber Schaden leidet an seiner Seele? „Christentum und Kapitalismus vertragen sich wie Feuer und Wasser!“ sagt der Nationalökonom und Jesuitenpater Besch sehr richtig.

Die Lebenshaltung im August — gegen Juli 41% Steigerung!

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten ist nach den Erhebungen des Statistischen Reichsamts über die Aufwendungen für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung im Durchschnitt des Monats August auf 7029 gegen 4970 im Monat Juli gestiegen. Die Steigerung beträgt 40,9 v. H. und übertrifft somit den Temperaturanstieg von 32 v. H. vom Juni zum Juli noch erheblich. Die Reichsindexziffer für die Ernährungskosten stellt sich im Durchschnitt des Monats August auf 9748 gegenüber 6836 im Juli; sie ist gegenüber dem Vormonat mithin etwas stärker als die Gesamtaufgaben gestiegen. Fast sämtliche Lebensmittel, Kartoffeln und Gemüse ausgenommen, haben weiter stark im Preise angezogen, auch Heiz- und Leuchtstoffe sind erheblich teurer geworden.

Eingeständnis der religiösen Unzulänglichkeit der freien Gewerkschaften

Gelegentlich der „Ueberschuldung“ in Hamburg sprach auf Einladung des Ortsausschusses des A. D. G. V. der beim Internationalen Arbeiteramt in Genf wirkende Feigewerkschaftler Baummeister über die internationale Gewerkschaftsbewegung. Der Redner führte dabei u. a. aus (wir zitieren nach dem „Hamburger Fremdenblatt“):

„Die vielfach geübte religiöse Unzulänglichkeit habe zur Gründung besonderer christlicher Gewerkschaften geführt, die namentlich in Holland, Spanien und Italien großen Einfluß besitzen, aber auch in anderen Ländern ständig an Einfluß gewinnen. Wo sie bestehen, haben sie trotz ihrer erheblichen Minderheit eine stärkere politische Macht als die numerisch überlegenen freien Gewerkschaften.“

Das sind herbe Ohrfeigen für die Sozialisten, die soviel Zeit und Kraft darauf verwandt haben, die Existenzberechtigung der christlichen Gewerkschaften abzuschreiten. Obendrein bezeugt dieser vorzügliche Kenner der Gewerkschaften aller Länder, der dazu noch einer der igtigen ist, der „freien“ Gewerkschaftsbewegung offen, daß sie in der ganzen Welt politisch weniger zu bedeuten habe, als die von ihnen so oft bespöttelten christlichen Gewerkschaften.

Die Ernährung des deutschen Arbeiters

In der „Klimischen Wochenschrift“ veröffentlicht Prof. v. Thälka (Hamburg) eine Studie über die gegenwärtige Ernährungsfrage des deutschen Arbeiters im Vergleich zur Vorkriegszeit. Er kommt zu folgenden bemerkenswerten Feststellungen, die wir der „Dtsch. Wtg. Wg.“ entnehmen:

Nach der vom Reich veröffentlichten Ernährungsstatistik betrug die Reichsindexziffer für die Ernährungsfragen bei einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie (der Durchschnitt des Jahres 1913/14 = 100) im Mai 1922: 4680, im Juni 1922: 5119, d. h. die Kosten für die Ernährung unter Herabrechnung der 14 wichtigsten Lebensmittel sind seit der Vorkriegszeit bis zum Mai 1922 um das 47fache, bis zum Juni um über das 51fache gestiegen. Ganz besonders groß war die Verteuerung von Fleisch, Brot, Fett, Gemüse und Milch.

Eine wirkliche Verteuerung ist aber nur möglich, durch eine Erhebung von Wirtschaftssrechnungen in der Gegenwart. Nach Ausgabebüchern, die von einzelnen Arbeiterfamilien regelmäßig geführt werden, zeigte sich, daß im Juli 1921 eine Familie mit einem Einkommen von 1000-1200 M zu ihrer Ernährung 1093,96 M aufwenden mußte, in der nächsthöheren Einkommensstufe betragen die monatlichen Ausgaben 1255,91 M und in der Einkommensstufe von 1500-1800 M 1452,07 M. Im höchsten waren überall die Ausgaben für Butter, Margarine und Schmalz. An zweiter Stelle standen die Ausgaben für Kartoffeln an dritter für Brot. Für Fleisch einschl. Wurst wurden in den beiden unteren Einkommensstufen etwas weniger als für Brot ausgegeben. Dies ist charakteristisch für die im Gefolge der Preissteigerung stehende Bedarfsverschiebung im Nachkriegshaushalt. Vor dem Krieg standen die Ausgaben für Fleisch und Brot an erster Stelle (30,3 Prozent und 17,6 Prozent der Ausgaben für Nahrungsmittel), die für Kartoffeln betragen nur 3,5 Prozent. Jetzt betragen Kartoffeln 11 Prozent, Brot 12,8 Prozent, Fleisch 11,6 Prozent der Ausgaben für Nahrungsmittel also ungefähr gleichviel. Der Verbrauch an Eier ist gegenüber der Vorkriegszeit ein minimaler geworden (1,9 Prozent, gegen 4,5 Prozent) und ebenso sind die Ausgaben für Milch prozentual um die Hälfte gesunken (8,8 Prozent gegenüber 16,6 Prozent in der Vorkriegszeit).

Prof. v. Thälka hat weiterhin für 67 Familien in der mittleren Einkommensstufe (1200-1500 M) auf Grund der amtlich festgestellten Preise den Verbrauch berechnet und diesen in Kalorien (Wärmeeinheiten) ausgedrückt. Ferner wurde der Gehalt der einzelnen Nahrungsmittel an Eiweiß, Fett, Kohlenhydraten berechnet, und zwar unter Berücksichtigung der Ausnutzung durch den menschlichen Körper. An Eiweiß wurde nur gerade ein Drittel der erforderlichen Menge, an Fett

etwas über vier Fünftel aufgenommen, und nur der Kohlenhydratverbrauch kann als normal bezeichnet werden. Das bedeutet eine starke Unterernährung. Hierbei ist besonders charakteristisch der verhältnismäßig hohe Prozentanteil an Kohlenhydraten, dagegen der außerordentlich geringe an Eiweißgehalt. Eine solche einseitige und fettarme, an Kohlenhydraten jedoch reiche Nahrung, ist aber die typische Ernährungsweise armer Familien, die nicht genügend Geld haben, um eine kräftige Kost sich zu beschaffen, sondern zur Stillung des Hungers in verhältnismäßig großer Menge mager- und darmfällende Nahrungsmittel, wie Kartoffeln, Gemüse und Kohl, zu sich nehmen.“

Wie ersichtlich, fehlt die Darstellung mit dem Monat Juni ab, die erhebliche Preisveränderung der allerletzten Monate ist also noch nicht mit berücksichtigt. Wenn schon für die damalige Zeit eine Unterernährung festgestellt wurde, dann darf man heute von einer direkten Verelendung reden.

Wirtschaftliche Bewegung

Bezirk Bochum

Am 1. September 1922 fanden in Essen Verhandlungen für das Holz-, Beton- und Tiefbaugewerbe statt, und zwar für die Vertragsbezirke Rheinisch-Westfälisches Industriegebiet, Sauerland, Münsterland, Siegen und Lipphadt-Paderborn.

Ausgeschlossen wurden für das Hochbaugewerbe die Lohngebiete Brilon und Olpe. Ferner erklärten die Vertreter des Reichsverbandes des deutschen Tiefbaugewerbes für die Drie Bedum, Delfe und Paderborn Stadt- und Landkreis nicht verhandeln zu können.

Da die Verhandlungen der Vertreter der Vertragsparteien zu keinem Ergebnis führten, wurden gleich darauf am Bezirksohnant unter Leitung des Herrn Dr. Heinsch aus Boers die Verhandlungen fortgesetzt und zum Schluß ein Schiedspruch gefällt, wonach die bestehenden Stundenlöhne der Bauarbeiter ab 1. September 1922 um 50 Prozent erhöht werden.

Diese neue Lohnregelung hat Gültigkeit für den Monat September. Wenn aber im Laufe dieses Monats eine weitere erhebliche Veränderung der Preise eintritt, dann sollen die Parteien erneut zusammentreten, um eine neue Lohnregelung zu treffen. Dieser Schiedspruch gilt als angenommen, wenn nicht bis Dienstag, den 5. September 1922, abends 6 Uhr, eine gegenseitige Erklärung bei dem Vorpresidenten des Bezirkslohnamtes eingegangen ist.

Nach dem Schiedspruch steigen die Stundenlöhne der Bauarbeiter im Industriegebiet, im Sauerland und in der Lohnklasse I des Vertragsbezirks Münster wie folgt:

Ab 1. September 1922:

Facharbeiter von	49,- M	auf	73,50 M
Bauhilfsarbeiter von	47,10	„	70,70
Tiefbauarbeiter von	46,10	„	69,20

Die Stundenlöhne der Spezialberufe steigen automatisch mit denen der Mauerer. Sie betragen für:

Daubeder	77,90 M
Stuckateure	84,55
Bauer	77,20
Plattenleger	79,50
Polierer	80,85
Helfer	74,25

Der Wochenlohn der Polierer steigt vom gleichen Tage, an dem sich die Mauererlöhne erhöhen, und zwar auf 4240,40 M.

Polier-

und Schachtmeisterbewegung

Der Stand der Verhandlungen über den Polier- und Schachtmeistertarif

Nachdem bekanntlich am 11. August die Verhandlungen in Hamburg fast ergebnislos verlaufen waren, begannen am 7. September in Berlin neue Verhandlungen. Gleich zu Beginn wurde vom Vorsitzenden der Arbeitgebervertreter erklärt, daß die bisherige Tarifgemeinschaft als Träger des Tarifvertrages nicht in Frage kommen könne, und daß die Klassifizierung der Poliere nach dem vorliegenden Tarif noch nicht weitgehend genug sei. Nach längerer Aussprache, in der alle beteiligten Arbeitnehmervertreter erklärten, daß sie an der Tarifgemeinschaft festhielten, zogen sich die Arbeitgeber zu einer Beratung zurück und waren dann bereit, in Verhandlungen über einige materielle Fragen einzutreten, wenn wir von der Feststellung, wer Träger des Tarifvertrages sei, Abstand nehmen würden. Darauf konnten wir nicht eingehen, weil von den Arbeitgebervertretern darüber schon klare und deutliche Erklärungen seit März d. J. abgegeben worden waren, und weil durch den Tarifentwurf vom Februar d. J. die verschiedenen Träger des Tarifvertrages den Arbeitgebern bekannt waren. Das wurde nach Sonderberatung den Arbeitgebern schriftlich mitgeteilt. Gleichfalls, daß Einstimmigkeit über den § 5 des genannten Tarifentwurfs, der von der Einleitung der Poliere handelt, bei allen Beteiligten bestiehe.

Klar wurde allen Arbeitnehmervertretern, daß die Arbeitgeber nicht nur den Tarif verkleben wollen, sondern gerne wieder den Lohn für die Poliere und Schachtmeister selbstbestimmlich bestimmen möchten. Das Mitspracherecht, das allen Arbeitern gewährt wird, soll uns verlagert bleiben. Wir sollen die Vertrauensleute der Arbeitgeber sein, aber nur Vertrauensleute mit Pflichten. Der Polier soll wieder, wie früher, derselbe sein, an dem man immer sparen muß. Kollegen, ich bitte euch, zu bedenken, was diese Taktik der Arbeitgeber zu bedeuten hat. Wieder-

holt haben wir in Berlin verhandelt, dann in Dresden, in Hamburg, wieder in Berlin, immer wieder wurde ein Grund zur Verschleppung gefunden. Wir können uns nicht mehr länger der Willfür der Unternehmer fügen. Alle beteiligten Organisationen sind es leid. Wir müssen uns aufraffen und zum Kampf rufen. Wir müssen uns das Mitbestimmungsrecht, wenn es nützt, erkämpfen. Dafür wird es kommen, wenn die Arbeitgeber den guten Willen, baldigst zu einem neuen Tarifvertrage zu kommen, weiter vermissen lassen. Glaube kein Kollege, daß er sich schon durchsetzen und seinen Lohn schon bekommen werde. Auch der höchstbezahlte Polier und Schichtmeister wird dann mit der Zeit nicht mehr, wie bisher, automatisch mit dem Gefellenlohn die Zuschläge in der jetzigen Höhe bekommen. Seht da! niemand egoistisch denken, sondern: „Alle für einen und einer für alle“ muß die Parole sein. Zeigen wir den Unternehmern, daß wir geschlossen dastehen auf der ganzen Linie, und gewillt sind, den Kampf um unser gutes Recht geschlossen zu führen. Werden die Verhandlungen nicht bald mit einem positiven Ergebnis beendet, dann muß am 30. September, bei Ablauf unseres jetzigen Tarifes, unsere Parole lauten: „Stil hierher und nicht weiter!“ Man kann es mir tief bedauern, daß in der jetzigen schweren Zeit noch solche Differenzen entstehen können. Aber die Arbeitgeber wollen offenbar den Kampf, anders kann man die Handlungsweise ihrer Vertreter in Berlin wohl kaum verstehen. Daß viele Unternehmer im Lande nicht damit einverstanden sind, ist nicht zweifelhaft. Klären wir diese Arbeitgeber jetzt schon auf. Kollegen, sagen wir ihnen, daß wir ein halbes Jahr unruhig verhandelt haben, und daß auch uns einmal die Geduld ausgeht. Wie sich die Verhältnisse nun auch weiter entwickeln mögen, wir tun auf alle Fälle gut daran, wenn wir jetzt sofort mit aller Kraft rufen zum Kampf. Meyer.

und damit das erhebende und stolze Bewußtsein haben, mitzuarbeiten am Wohle aller Mitmenschen.

Dingelde. Am 3. September hielten wir eine gutbesuchte Versammlung ab. Zum ersten Male nach dem Kriege war unser Bezirksleiter, Kollege Humbrodt, anwesend. Er hielt einen Vortrag über die Stellung der Bauerschaften zu der durch die neueste Inflationskatastrophe geschaffenen Wirtschaftslage, der den vollen Beifall der Kollegen fand.

Werden (Ruhr). Die verschiedenartigsten Umstände hatten es mit sich gebracht, daß die Leitung der Ortsgruppe nicht mehr richtig funktionierte. Es war daher eine außerordentliche Generalversammlung notwendig geworden, die am Montag, den 28. August, stattfand. Kollege Diederich gab einen Rückblick über das letzte Quartal und streifte die Aufgaben der Zukunft. Er ermahnte die anwesenden Kollegen zu eifriger Mitarbeit, nur dann könnten wir die gesteckten Ziele erreichen. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Kollege Schäfer, Ferdinand; 1. Vorsitz; Lampmann, Ludwig; 2. Vorsitz; Strötgen, Karl; 1. Kass.; Greves, Karl; 2. Kass.; Telschow, Hermann, Schriftführer. Die Versammlungen sollen jeden 1. Samstag bei Borgmann, Gedstraße, stattfinden. Hossentlich trägt die Versammlung zur weiteren guten Entwicklung der Ortsgruppe bei.

Ottbergen. Eine gemeinsame Versammlung vereinte am 3. September die Mitgliedschaften von Ottbergen und Dinklar. Trotz verschiedener Festlichkeiten in der Umgebung war der Besuch gut. Kollege Humbrodt hielt einen

wirtschaft zu Sonderabgaben für den Wohnungsbau nach Maßgabe ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

5. Verbindung jeder Neubaugenehmigung zu urbanistischen bzw. gewerblichen Erweiterungsbauten mit einer Auflage zur gleichzeitigen Erstellung entsprechender Wohnraumes zur freien Verfügung der Gemeinden.

6. Bauverbot für alle volkswirtschaftlich nicht notwendigen Bauausführungen. (Ställe, Kfz-Stellen, Biers, Bars usw.)

7. Herabsetzung der Gütertarife zur Minderung der Transportkosten für Baustoffe zum gemeinnützigen Wohnungsbau.

8. Bereitwilligkeit des Reiches, der Länder und Gemeinden zur eigenen Erbauung von Wohnungen für Beamte und Behördenangestellte zwecks Entlastung des Wohnungsbauamtes.

9. Heranziehung der erwerbstätigen Unternehmerrfamilienangehörigen und anderer Personen, ohne selbständige Wohnungen, aber mit entsprechendem Einkommen zur Wohnungsbauabgabe.

10. Ausbau der Wohnungsbauabgabe im sozialen Sinne unter möglicher Beseitigung der ihr anhaftenden Härten, in Sonderheit Befreiung aller derer von der Erziehung der Abgabe, deren Einkommen unter dem Existenzminimum liegt (Kleinrentner, Rentempfänger, Witwen usw.) und stärkere Belastung der Personen mit hohem Einkommen.

11. Einführung einer Wohnraumzugssteuer durch zwingendes Reichsgesetz in allen Gemeinden, welche nicht im Wege der Zwangseinquartierung allen überflüssigen Wohnraum beschlagnahmen, wobei über drei Zimmer hinaus auf jeder zweiten und weiteren Person des Hausstandes nicht mehr als ein Zimmer zugewilligt werden darf.

12. Beschränkung des Wohnungsneubaus auf Kleinwohnungen und Wohnungen für kinderreiche Familien, sowie Begünstigung der Winderbemittelten gegenüber den Begüterten zur Erwerbung eines eigenen Heimes in dem Sinne, als nicht der Besitzer eines großen Eigenkapitals die Voraussetzung zur Erlangung einer Heimstätte sein darf.

13. Änderung des Wohnungsmangelgesetzes im Sinne einer

a) stärkeren Einschränkung des Zuzugs von Ausländern, b) schärferen Erfassung von zu Wohnzwecken zwar geeigneten, z. B. inoffiziell unproduktiven gewerblichen Zweck dienenden Räumen.

Nach Erfüllung dieser Voraussetzungen ist die Mieterschaft unter dem Druck der ungeheuren Not, welche die wachsende Zahl der Wohnungslosen dem deutschen Volke auferlegt, und im Verantwortlichkeitsgefühl derer, die eine Wohnung haben, gegenüber denen, die keine haben, bereit, sich auch mit einer auf der Grundlage der Goldmark aufgebauten Wohnungsbauabgabe abzufinden.

Es ist zur Durchführung dieser Forderungen ein Reichskommissar zu bestellen, der mit weitgehenden Vollmachten und selbständiger Verantwortlichkeit auszurüsten ist.

Bekanntmachung des Hauptvorstandes

Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1923

Bei einer Auflage von 20 000 Stück wird der Preis pro Stück auf etwa 40-50 M kommen. Im Vergleich zum letzten Jahrbuch erscheint dieser Preis hoch, jedoch ist derselbe zum heutigen Papierpreis, den Büchern usw., sowie den Preisen, die von anderen Verlegern für ähnliche Bücher gefordert werden, verhältnismäßig gering. Wir eruchen nochmals, die Bestellungen möglichst umgehend an den Hauptvorstand einzufenden. Eine weitere Verzögerung in den Bestellungen müßte auch eine Verzögerung in der Drucklegung zur Folge haben, wodurch dann leicht eine weitere Preiserhöhung notwendig werden könnte.

Der Hauptvorstand.

Sterbetafel.

Am 3. Juli starb im Alter von 30 Jahren unser lieber Kollege und Vertrauensmann Hermann Cordes (Maurer) an einem Nierenleiden, das er sich im Krieg zugezogen hatte.

Verwaltungsstelle Berl.

Am 14. August starb unser treuer Kollege Alois Stolze im Alter von 55 Jahren an Darmkrebs.

Verwaltungsstelle Kassel.

Am 20. August starb nach kurzer, schwerer Krankheit unser treuer Kollege, der Maurerpolier G. Dominikus im Alter von 61 Jahren.

Reichsvereinigung der Polierer, Berlin und Schichtmeister.

Ortsgruppe Duisburg.

Am 27. August starb unser Kollege Conrad Becker aus Lehnerz im Alter von 69 Jahren an Magenleiden.

Verwaltungsstelle Fulda.

Am 30. August starb unser treuer Kollege Albert Wenzel an Magenleiden.

Verwaltungsstelle Wittenberg i. Westf.

Ehre ihrem Andenken!

Aus dem Verbandsleben

Mehr Teilnahme der Jugend an unseren Versammlungen!

Leider ist die Zahl unserer Jugendgruppen noch nicht allzu groß. Unser Streben muß dahin gehen, sie überall dort zu schaffen, wo die Verhältnisse es irgendwie gestatten, namentlich wo eine größere Anzahl jugendlicher Mitglieder vorhanden ist. So lange diese Jugendgruppen aber noch nicht bestehen, ist Sorge dafür zu tragen, daß unsere Jugend sich lebhaft als bisher meist der Fall ist, an unsern Versammlungsleben beteiligt. Im allgemeinen kann man aber wohl sagen, daß unsere Jugend nicht ein so großes Gewicht auf den Besuch der Versammlungen legt, wie es erforderlich, gerade für sie erforderlich wäre. Daher ist es gut, wenn wir auch einmal diese Frage des Versammlungsbesuches seitens unserer jugendlichen Mitglieder ansprechen.

Wozu sind die Versammlungen da? Einmal, um in den Versammlungen sich über gewerkschaftliche Fragen zu unterrichten, dazu Stellung zu nehmen; zum anderen um das Zusammengehörigkeitsbewußtsein, das Miteinanderarbeiten und Füreinanderarbeiten, zu pflegen und zu fördern und endlich, um in derselben Angelegenheiten der Leitung, Verwaltung und Interessenvertretung des Verbandes wie der Ortsgruppe zu entscheiden. Daraus ergibt sich, daß die Versammlungen sehr wichtig sind. Ist das aber der Fall, dann haben nicht nur alle Mitglieder, sondern besonders unsere jugendlichen Kollegen und Kolleginnen alle Verantwortung, die Versammlungen regelmäßig und pünktlich zu besuchen.

Darum aber müssen besonders unsere jugendlichen Mitglieder die Versammlungen regelmäßig besuchen? Zunächst zu ihrer gewerkschaftlichen Schulung. Die Jugend hat diese Schulung besonders notwendig, besonders mit Rücksicht darauf, daß auf ihr die ganze Zukunft des Verbandes beruht. Sie haben einmal das Erbe der alten Kämpfer zu übernehmen und treu weiter zu führen. Das geht aber nur dann, wenn sie auch rechtzeitig den Gewerkschaftsgedanken erfasst und denselben voll und ganz in sich aufgenommen haben. In den Versammlungen soll ihnen nun diese Schulung und Bildung vermittelt werden. Das ist da natürlicher, als daß sie auch die Versammlungen besuchen. Dazu kommt, daß durch den Versammlungsbesuch auch der Korpsgeist, das Zusammengehörigkeitsbewußtsein gefördert wird. Neben den gewerkschaftlichen Fragen werden dann in den Versammlungen Fragen arbeitsrechtlicher und sozialrechtlicher Natur behandelt. Eine ausstreichende Kenntnis der Jugendlichen an diesem Gebiete ist für ihre Gegenwart wie auch ihre Zukunft ebenfalls erforderlich. Aus all diesem ergibt sich, daß gerade unsere jugendlichen Mitglieder es sich angelegen sein lassen müssen, die Versammlungen regelmäßig zu besuchen. Jung gewohnt, oft getan, dieses Sprichwort hat auch hier seine Geltung.

Sie soll der Besuch der Versammlungen aber sein? So, daß er den jugendlichen Mitgliedern alle Ehre macht. Zunächst regelmäßig, soll man teilnehmen. Wenn der gute Wille da ist, geht das auch. Weiter pünktlich soll man stets da sein. Dann kann die Versammlung auch pünktlich beginnen und ebenso pünktlich geschlossen werden. Weiter sollen unsere jugendlichen Mitglieder in den Versammlungen sich frei ruhig und unabhängig, nicht ausgelassen, betragen. Aufmerksam soll man sein und gut acht geben, was vor sich geht. Dabei braucht jugendliche Lebenslust und Lebensfreude nicht zu kurz kommen. Im Gegenteil, es ist zu erstreben, daß Inhalt und Anziehung der Versammlungen auch auf die seelische Einstellung der jugendlichen Versammlungsbesucher Rücksicht nimmt.

Das sind so einige Gedanken über das Verhältnis unserer Jugend zu unsern Versammlungen. Junge Kollegen! Beherrschet dieselben und sucht nach denselben zu handeln. Zeigt dadurch, daß ihr gewillt seid, tüchtige Gewerkschaftler zu werden. Dadurch müßt ihr euch selbst

Die beste und billigste Zeitung für den christlichen Gewerkschaftler

„Der Deutsche“

Der „Deutsche“ dient ausschließlich den Bedürfnissen und Zielen der christlich-nationalen Arbeitnehmerschaft. Der Bezugspreis von 150 Mark für das ganze vierte Vierteljahr ist außerordentlich billig. Bestelle jeder sofort bei seinem Vorstand oder Vertrauensmann, die im Besitze der Bestellscheine sind. Größte Eile ist geboten!

Vortrag über die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften in der Gegenwart. Zum Schluß forderte er die Kollegen auf, in eine energische Vorbereitung für unsern Verband einzutreten und eifrig unsere Tageszeitung „Der Deutsche“ zu lesen. Die Ausführungen wurden beifällig aufgenommen.

Bau-Rundschau

Die Mieterschaft zur Finanzierung des Wohnungsbaues

Der letzten in Kassel abgehaltene 17. Deutsche Mieterschaft nahm zur Frage der künftigen Baugelddarstellung für den Wohnungsbau eine Entschiedenheit an, in der es heißt:

„Der Wohnungsbau ist heute Sache der Allgemeinheit geworden. Von dieser sind daher auch die Mittel zum Wohnungsbau anzubringen. Das Privatkapital ist zur Finanzierung des Wohnungsbaues nicht in der Lage.“

Die Mieterschaft ist sich bewußt, daß eine Linderung der Wohnungsnot ohne schwere Opfer der Volksgemeinschaft nicht zu erwarten steht. Sie ist zu Opfern im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit bereit, fordert aber als Voraussetzung jeder weiteren Belastung die Erfüllung folgender Bedingungen:

1. Aufstellung eines Wohnungsbauprogramms für einen längeren Zeitraum im Rahmen der zur Durchführung dieses Bauprogramms erforderlichen Baustoffe und verfügbaren Arbeitskräfte.

2. Verringerung allen Wuchers bei Baustoffherzeugung und Baustoffhandel durch

a) Einwirkung der Regierungen des Reiches und der Länder auf die Syndikate, Kartelle und Preisringe des Unternehmertums,

b) Förderung und Vermehrung aller gemeinwirtschaftlich arbeitenden Betriebe für Baustoffherzeugung und Baustoffhandel — Ziegeleien, Zement-Kalkwerke, Baugemeinschaften zum Großverkauf von Baubedarfs- und Ausbaugegenständen (Schlößer, Baubeschläge, Rohrleitungen, Eisenwaren, Herde, Ofen und dergl.),

c) Schaffung eines Reichsbodenverkehrsnetzes mit weitgehendsten Verkaufsberechtigungen und Entzerrungsbeschränkungen.

d) Bereitstellung des zur Durchführung des Bauprogramms jeweilig erforderlichen Bauhofes zu billigen, angemessenen Preisen unmittelbar durch die staatlichen Forstverwaltungen unter Ausschluß des Handels.

3. Unterstützung aller sozialen Baubetriebe und Erschaffung dieser in die freie Konkurrenz zur Verbilligung der Bauausführung.

4. Heranziehung der Aktiengesellschaften, der Gesellschaften m. b. H., der Banken, Industrie, Handel und Land-